

Aktenzeichen:	II-1211
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X916
Gültigkeit:	ab dem 17.03.2015

## **Arbeitsanleitung Nr. 023**

### **Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein für Maßnahmen bei einer Privaten Arbeitsvermittlung (AVGS-MPAV)**

#### **§ 45 SGB III - Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung**

**(1) Ausbildungssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose können bei Teilnahme an Maßnahmen gefördert werden, die ihre berufliche Eingliederung durch**

- 1. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,**
- 2. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen,**
- 3. Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung,**
- 4. Heranführung an eine selbstständige Tätigkeit oder**
- 5. Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme**

**unterstützen (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung). Für die Aktivierung von Arbeitslosen, deren berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen, insbesondere auf Grund der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit, besonders erschwert ist, sollen Maßnahmen gefördert werden, die nach inhaltlicher Ausgestaltung und Dauer den erhöhten Stabilisierungs- und Unterstützungsbedarf der Arbeitslosen berücksichtigen. Versicherungspflichtige Beschäftigungen mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden wöchentlich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind den versicherungspflichtigen Beschäftigungen nach Satz 1 Nummer 3 gleichgestellt. Die Förderung umfasst die Übernahme der angemessenen Kosten für die Teilnahme, soweit dies für die berufliche Eingliederung notwendig ist. Die Förderung kann auf die Weiterleistung von Arbeitslosengeld beschränkt werden.**

**(2) Die Dauer der Einzel- oder Gruppenmaßnahmen muss deren Zweck und Inhalt entsprechen. Soweit Maßnahmen oder Teile von Maßnahmen nach Abs. 1 bei oder von einem Arbeitgeber durchgeführt werden, dürfen diese jeweils die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten. Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung darf die Dauer von acht Wochen nicht überschreiten. Maßnahmen des Dritten Abschnitts sind ausgeschlossen.**

**(3) Die Agentur für Arbeit kann unter Anwendung des Vergaberechts Träger mit der Durchführung von Maßnahmen nach Abs. 1 beauftragen.**

**(4) Die Agentur für Arbeit kann der oder dem Berechtigten das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Förderung nach Abs. 1 bescheinigen und Maßnahme-**

ziel und -inhalt festlegen (Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein). Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein kann zeitlich befristet sowie regional beschränkt werden. Der Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein berechtigt zur Auswahl

1. eines Trägers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende und nach § 179 zugelassene Maßnahme anbietet,
2. eines Trägers, der eine ausschließlich erfolgsbezogen vergütete Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung anbietet, oder
3. eines Arbeitgebers, der eine dem Maßnahmeziel und -inhalt entsprechende betriebliche Maßnahme von einer Dauer bis zu sechs Wochen anbietet.

Der ausgewählte Träger nach Satz 3 Nr. 1 und der ausgewählte Arbeitgeber nach Satz 3 Nr. 3 haben dem Jobcenter den Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein vor Beginn der Maßnahme vorzulegen. Der ausgewählte Träger nach Satz 3 Nr. 2 hat der Agentur für Arbeit den Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein nach erstmaligem Vorliegen der Auszahlungsvoraussetzungen vorzulegen.

(5) Die Agentur für Arbeit soll die Entscheidung über die Ausgabe eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins nach Abs. 4 von der Eignung und den persönlichen Verhältnissen der Förderberechtigten oder der örtlichen Verfügbarkeit von Arbeitsmarktdienstleistungen abhängig machen.

(6) Die Vergütung richtet sich nach Art und Umfang der Maßnahme und kann aufwands- oder erfolgsbezogen gestaltet sein; eine Pauschalierung ist zulässig. § 83 Abs. 2 gilt entsprechend. Bei einer erfolgreichen Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung durch einen Träger nach Abs. 4 S. 3 Nr. 2 beträgt die Vergütung 2.000 Euro. Bei Langzeitarbeitslosen und behinderten Menschen nach § 2 Abs. 1 des Neunten Buches kann die Vergütung auf eine Höhe von bis zu 2.500 Euro festgelegt werden. Die Vergütung nach den Sätzen 3 und 4 wird in Höhe von 1.000 Euro nach einer sechswöchigen und der Restbetrag nach einer sechsmonatigen Dauer des Beschäftigungsverhältnisses gezahlt. Eine erfolgsbezogene Vergütung für die Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung ist ausgeschlossen, wenn das Beschäftigungsverhältnis

1. von vornherein auf eine Dauer von weniger als drei Monaten begrenzt ist oder
2. bei einem früheren Arbeitgeber begründet wird, bei dem die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer während der letzten vier Jahre vor Aufnahme der Beschäftigung mehr als drei Monate lang versicherungspflichtig beschäftigt war; dies gilt nicht, wenn es sich um die befristete Beschäftigung besonders betroffener schwerbehinderter Menschen handelt.

(7) Arbeitslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, dessen Dauer nicht allein auf § 147 Abs. 3 beruht, und nach einer Arbeitslosigkeit von sechs Wochen innerhalb einer Frist von drei Monaten noch nicht vermittelt sind, haben Anspruch auf einen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein nach Abs. 4 S. 3 Nr. 2. In die Frist werden Zeiten nicht eingerechnet, in denen die oder der Arbeitslose an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung teilgenommen hat.

## **§ 16 SGB II Leistungen zur Eingliederung**

Zur Eingliederung in Arbeit erbringt die Agentur für Arbeit Leistungen nach § 35 des Dritten Buches. Sie kann die übrigen im Dritten Kapitel, im Ersten und

**Sechsten Abschnitt des Vierten Kapitels, im Fünften Kapitel, im Ersten Abschnitt des Sechsten Kapitels und die in den §§ 417, 421f, 421g, 421k, 421n, 421o, 421p, 421q und 421t Absatz 4 bis 6 des Dritten Buches geregelten Leistungen erbringen.**

## **Managementinfo**

Seit dem 01.04.2013 haben die Jobcenter gem. §§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III die Möglichkeit, erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) für die Teilnahme an einer Maßnahme bei einer privaten Arbeitsvermittlung einen AVGS-MPAV auszustellen.

Ziel dieser Maßnahme ist es, die Vermittlung der/des eLb in eine versicherungspflichtige Beschäftigung zu unterstützen.

Zum förderfähigen Personenkreis gehören von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitssuchende und Arbeitslose.

Den Integrationsfachkräften ist bei der Ausgabe des Gutscheins ein Ermessen eingeräumt.

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Ziele .....	6
2. Fördervoraussetzungen zur Ausgabe eines AVGS-MPAV .....	6
3. Antragsverfahren .....	7
4. Gültigkeit .....	7
5. Eingliederungsvereinbarung (EinV) .....	7
6. Höhe der Vergütung .....	7
7. Förder-Check .....	7
8. Vermittlung ins Ausland .....	7
9. Bewilligung/ Abrechnende Stelle/ Ablehnung .....	8
10. Ausschlussgründe .....	8
11. Ablehnung eines AVGS-MPAV .....	9
12. Auszahlung .....	9
13. Verfahren VerBIS/ COSACH .....	10
14. Verfahren bei Missbrauch von AVGS-MPAV .....	10

Ergänzend zur nachfolgenden Arbeitsanleitung gelten die Regelungen der jeweils gültigen „SGB II Fachliche Weisung – Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MABE) nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III - Maßnahmen bei einer privaten Arbeitsvermittlung (MPAV) nach § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III“ der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Wird in der Arbeitsanleitung die Bezeichnung „§ 45 SGB III“ verwendet, so handelt es sich hierbei um §§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. 45 SGB III. Paragraphen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des SGB II.

## **1. Ziele**

Von schnellen und effizienten Ausgleichsprozessen auf dem Arbeitsmarkt profitieren alle Beteiligten. Die gezielte Vermittlung durch eine private Arbeitsvermittlung kann diese Prozesse unterstützen.

### **Ziele**

Der AVGS-MPAV berechtigt die/den eLb zur Inanspruchnahme einer privaten Arbeitsvermittlung.

## **2. Fördervoraussetzungen zur Ausgabe eines AVGS-MPAV**

Den Integrationsfachkräften (IFK) ist ein Ermessen eingeräumt, welches sich sowohl auf die grundsätzliche Entscheidung zur Förderung nach dieser gesetzlichen Grundlage als auch auf die Auswahl und Gestaltung der Leistung im Einzelnen bezieht („Kann-Leistung“).

### **Ermessen**

Allein die Aussicht auf Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung rechtfertigt nicht die Ausgabe eines AVGS-MPAV.

Die zeitgleiche Ausgabe anderer AVGS mit unterschiedlichen Maßnahmezielen (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 SGB III) sollte nur erfolgen, wenn dies die individuelle Integrationsstrategie zielorientiert unterstützt. Dabei ist es grundsätzlich zielführend, wenn vor der Entscheidung über weitere Förderleistungen geprüft wird, ob das Förderziel der bereits absolvierten Maßnahme erreicht ist, ob darauf aufbauend noch die Notwendigkeit für eine weitere Maßnahme besteht und welche Maßnahme dabei in Betracht kommt. Daher sollte der Fokus eher auf der schrittweisen Bearbeitung der Handlungsbedarfe liegen.

### **Ausgabe mehrerer AVGS**

Die Leistungsgewährung nach §§ 16 Abs. 1 i.V.m. 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III kommt nur in Betracht, wenn die Voraussetzungen nach § 7 (eLb) bereits aktuell eingetreten sind. Eine präventive Leistungsgewährung lässt die Gesetzessystematik nicht zu. Sofortangebote nach § 15a sind hiervon unberührt.

Die eLb, die zusätzlich ALG I beziehen, aber aufgrund ihrer Hilfebedürftigkeit Leistungen nach dem SGB II erhalten (Aufstockerinnen/ Aufstocker), haben bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einen

Anspruch auf die Ausstellung eines AVGS-MPAV durch die Agentur für Arbeit.

### **3. Antragsverfahren**

Für die Abwicklung und Bewilligung ist das Antrags- und Bewilligungsverfahren anzuwenden. Das Antragserfordernis ist in § 37 SGB II geregelt.

**Antragstellung für einen AVGS-MPAV**

Der AVGS-MPAV kann beim zuständigen Standort unter Angabe der Kundennummer persönlich, telefonisch oder schriftlich (Brief, Fax, E-Mail) von der/dem eLb beantragt werden.

Die Ausstellung (einschl. Entscheidung zur Ausstellung) erfolgt durch die IFK.

Hat die/der eLb mithilfe einer privaten Arbeitsvermittlung bereits vor Beantragung des AVGS-MPAV einen Arbeitsvertrag mit dem Arbeitgeber geschlossen oder es besteht bereits eine schriftliche Einstellungszusage, dann liegt in diesem Fall eine Vermittlung vor. Somit besteht keine Möglichkeit mehr auf Ausgabe eines AVGS-MPAV.

### **4. Gültigkeit**

Der AVGS-MPAV soll grundsätzlich eine Gültigkeit von 2 Monaten aufweisen.

**Gültigkeitsdauer**

### **5. Eingliederungsvereinbarung (EinV)**

Die Ausgabe eines AVGS-MPAV ist Teil der Integrationsstrategie. Sie ist in die EinV aufzunehmen und nach erneuter Ausgabe regelmäßig zu aktualisieren.

**EinV**

### **6. Höhe der Vergütung**

Der AVGS-MPAV ist grundsätzlich in Höhe von 2.000 € auszustellen. Langzeitarbeitslose und behinderte Menschen mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf können einen AVGS-MPAV in Höhe von 2.500 € erhalten.

**Förderhöhe**

### **7. Förder-Check**

Es ist zwingend erforderlich, einen Förder-Check durchzuführen und zu dokumentieren. Es erfolgt keine Weiterleitung des Förder-Checks an das IntegrationsleistungsCenter (ILC). Bei Förderung ist die Prüfung mit dem Förder-Check in VerBIS zu dokumentieren.

### **8. Vermittlung ins Ausland**

Der AVGS-MPAV ist auch im Falle der Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum auszus zahlen.

**Vermittlung ins Ausland**

Als Nachweis der Versicherungspflicht einer Beschäftigung in EU-/ EWR-Staaten genügt die Vorlage einer Bescheinigung des ausländischen Arbeitgebers in deutscher Sprache, aus der hervorgeht, dass er ein versicherungspflichtiges, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassendes Beschäftigungsverhältnis mit der/dem eLb nach dem Recht des Staates eingegangen ist, in dem er seinen Geschäftssitz hat. Bei berechtigten Zweifeln an der Richtigkeit der vorgelegten Bescheinigung kann die Vorlage weiterer Beweismittel verlangt werden, z.B. die Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Sozialversicherungsträgers. Die §§ 20, 21 SGB X sind zu beachten.

### **9. Bewilligung/ Abrechnende Stelle/ Ablehnung**

Die zuständigen Stellen zur Erstellung von Bescheiden sowie der Zahlungsbarmachung sind für

#### **Bewilligung**

den Rechtskreis SGB II

Jobcenter team.arbeit.hamburg  
IntegrationsleistungsCenter  
Billstraße 82-84  
20539 Hamburg

#### **Abrechnende Stelle**

den Rechtskreis SGB III

Agentur für Arbeit Hamburg  
041 OS  
Norderstraße 103  
20097 Hamburg

### **10. Ausschlussgründe**

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung kann der zugelassene Maßnahmeträger keine Vermittlungsvergütung erhalten, weil Vermittlungsbemühungen zu den Trägerpflichten zählen.

#### **Ausschlussgründe**

Befindet sich die/der eLb bereits in einer Maßnahme, die auch die Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung zum Inhalt bzw. zum Ziel hat, so ist der Einsatz eines AVGS-MPAV ausgeschlossen.

Die Vermittlung in Berufsausbildung ist ausgeschlossen. Damit sind eLb, die ausschließlich die Aufnahme einer Ausbildung anstreben, von dieser Förderleistung nicht erfasst.

Förderfähig ist nur eine Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung (§§ 24, 25 SGB III), wobei die Versicherungspflicht zur BA maßgeblich ist. Somit ist die Ausstellung eines AVGS-MPAV für die Vermittlung in eine Beschäftigung nach § 16e (Förderung von Arbeitsverhältnissen) ausgeschlossen, da diese nach § 27 Abs. 3 Nr. 5 SGB III versicherungsfrei ist.



## **11. Ablehnung eines AVGS-MPAV**

Wird einer/einem eLb die Aushändigung eines AVGS-MPAV verwehrt, so ist die IFK gehalten, die Gründe dafür zu erläutern. Verlangt die/der eLb einen rechtsmittelfähigen Ablehnungsbescheid, wird dieser grundsätzlich durch das ILC erstellt. Eine ausführliche individuelle Begründung (§ 35 SGB X) zur Ablehnung ist durch die IFK in VerBIS zu dokumentieren. Diese ist Grundlage für den Ablehnungsbescheid, in dem der Name und die Telefonnummer der zuständigen IFK mit angeführt werden.

### **Ablehnungs- entscheidung**

Sofern es zweckmäßig erscheint, kann auch ein Ablehnungsbescheid von der IFK erstellt werden. Das kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die/der eLb unverzüglich eine Ablehnung verlangt. Wichtig ist auch hier, dass eine individuelle Begründung zur Ablehnung erfolgt, die für die/den eLb nachvollziehbar ist. Das ist auch wichtig im Hinblick auf ein mögliches Widerspruchsverfahren. § 35 SGB X zur Begründung ist besonders zu beachten.

Aufruf des Vordrucks zur Ablehnung über den BKB:

- Aufruf über BK Vorlagenauswahl
- Lokale Vorlagen
- team.arbeit.hamburg
- IntegrationsleistungsCenter - AVGS
- AVGS-Ablehnung
- Eingabe des Ablehnungstextes mit individueller Ergänzung einfügen. Hier ist ggf. der Datenschutz hinsichtlich der Preisgabe sensibler Daten zu beachten.

Eine Ablehnung wegen knapper Haushaltsmittel bzw. Kontingentierung darf nicht erfolgen.

## **12. Auszahlung**

Die Vermittlung gilt mit dem Tag des Abschlusses des Arbeitsvertrages bzw. der konkreten schriftlichen Einstellungszusage des Arbeitgebers als erfolgt. Die Vermittlung und die Arbeitsaufnahme müssen innerhalb der im AVGS-MPAV festgelegten zeitlichen Befristung erfolgen.

### **Auszahlung der Raten**

Die Auszahlung der ersten Rate in Höhe von 1.000 Euro erfolgt erst dann, wenn das Beschäftigungsverhältnis mindestens sechs Wochen gedauert hat. Die zweite Rate (in Höhe von 1.000,00 Euro, bzw. 1.500,00 Euro) wird nach sechs Monaten Beschäftigung gezahlt.

Eine Umvermittlung ist nur innerhalb der im AVGS-MPAV festgelegten zeitlichen Befristung möglich. In diesem Fall wird die zweite Rate nur gezahlt, wenn das neue Beschäftigungsverhältnis mindestens sechs Monate gedauert hat. Eine Addition der Beschäftigungszeiten ist ausgeschlossen.

Die private Arbeitsvermittlung hat dem ILC den AVGS MPAV nach erstmaligem Vorliegen der Zahlungsvoraussetzungen einzureichen. Innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten (§ 326 SGB III) sind die Unterlagen, die für die abschließende Entscheidung über den Umfang der zu erbringenden Leistungen notwendig sind, einzureichen. Die Frist beginnt jeweils mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen für die Zahlung der Vergütung vorliegen:

**Ausschlussfrist**

- 1. Rate nach sechswöchiger berücksichtigungsfähiger Beschäftigung
- 2. Rate nach sechsmonatiger berücksichtigungsfähiger Beschäftigung

Die Vermittlungsvergütung kann nur an zugelassene Träger nach § 178 SGB III gezahlt werden. Die/der eLB schließt mit dem ausgewählten Träger einen Vertrag, der die Maßgaben des § 296 SGB III berücksichtigt. Dieser Vertrag des Trägers der privaten Arbeitsvermittlung wird im Rahmen der Trägerzulassung von der fachkundigen Stelle geprüft (§ 178 Nr. 5 SGB III). Eine Überprüfung des Vertrages durch das ILC im Zusammenhang mit der Förderleistung ist deshalb nicht mehr erforderlich.

**Trägerzulassung**

**13. Verfahren VerBIS/ COSACH**

Die Ausgabe des AVGS-MPAV wird von der IFK veranlasst und in VerBIS und COSACH dokumentiert. Das ILC dokumentiert die Bewilligung und Auszahlung des Gutscheins in VerBIS und COSACH.

**VerBIS/ COSACH**

**14. Verfahren bei Missbrauch von AVGS-MPAV**

Liegt eine Missbrauchsverdachtswarnung vor, sind die Voraussetzungen zur Auszahlung der Vermittlungsvergütung besonders intensiv zu prüfen. Ergeben sich im Zuge der Prüfung Erkenntnisse, dass die Auszahlungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, ist keine Vermittlungsvergütung zu zahlen; der Auszahlungsantrag ist mit der entsprechenden Begründung abzulehnen.

**Missbrauchswarnungen**

Eine Ablehnung der Vermittlungsvergütung ausschließlich wegen Vorliegen einer Missbrauchsverdachtswarnung ist nicht zulässig.

Für die Sensibilisierung zum Erkennen von Verdachtsindikatoren sowie zum strukturierten Vorgehen bei Missbrauchsverdachtsfällen steht ein Leitfaden im Intranet der BA unter Förderung > Arbeitnehmerleistungen > Maßnahmen bei einem Träger (private Arbeitsvermittlung) > Missbrauchsverdachtswarnungen zur Verfügung. Die Handlungsfelder der Agenturen für Arbeit und Regionaldirektionen sind aufgezeigt und einzuhalten.